

Inhaltsverzeichnis

A. Problemdarstellung	17
B. Stand der wissenschaftlichen Forschung	27
C. Gang der Untersuchung	30

Erstes Kapitel

Der Demokratiegrundsatz in der Europäischen Union nach Maßgabe des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union.	33
---	----

A. Herleitung der Geltung des Demokratiegrundsatzes für die Europäische Union	33
I. Der Demokratiegrundsatzes als völkerrechtliche Vorgabe	33
II. Die Vorschrift des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union als Grundlage des Demokratiegrundsatzes der Europäischen Union	35
III. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs als Grundlage des Demokratiegrundsatzes	35
B. Der Maßstab bei der Bestimmung eines europäischen Demokratiegrundsatzes	37
I. Die Wortlautauslegung	37
1. Der Wortlaut des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	37
a) Das Demokratiegebot als "Grundsatz" der Europäischen Union	38
b) Die Europäische Union "beruht" auf dem Grundsatz der Demokratie, "diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam"	40
c) Das Merkmal der Demokratie als "bestimmter" bzw. "unbestimmter" Rechtsbegriff.....	42
d) Der Leitgedanke des Prinzips der "Volksherrschaft"	43
2. Ergebnis der Wortlautauslegung des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union.....	45
II. Systematische Auslegung.....	46
1. Die systematische Stellung des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union.....	46
a) Äußere Systematik der Vorschrift	46
aa) Die Vorschrift und ihre nähere Umgebung	46
(1) Die Überschrift und die Struktur	46
(2) Der Abschnitt.....	48
(3) Die Gliederung des Vertrags über die Europäische Union	48
bb) Zwischenergebnis zur Äußeren Systematik der Vorschrift.....	49

b) Innere systematik der Vorschrift.....	49
aa) Der Demokratiegrundsatz in der Präambel des Vertrags über die Europäische Union	49
bb) Die nähere Ausgestaltung des Demokratiegrundsatzes durch Artikel 19 EG-Vertrag	53
cc) Die nähere Ausgestaltung des Demokratiegrundsatzes durch die Artikel 189 ff. EG-Vertrag	55
(1) Vertretung der Völker durch das Europäische Parlament gemäß Artikel 189 EG-Vertrag	55
(2) Befugnisse des Europäischen Parlaments nach Artikel 192 EG-Vertrag	55
(a) Die Rechtsetzungsfunktion des Europäischen Parlaments an Gemeinschaftsakten	56
(aa) Das Verfahren der Mitentscheidung nach Artikel 251 EG-Vertrag	56
(bb) Das Verfahren der Zusammenarbeit nach Artikel 252 EG-Vertrag	57
(cc) Das Verfahren der Zustimmung nach Artikel 192 Absatz 1, 2. Halbsatz, 1. Alt. EG-Vertrag	57
(dd) Das Recht zur Stellungnahme nach Artikel 192 Absatz 1, 2. Halbsatz, 2. Alt. EG-Vertrag	57
(ee) Das Aufforderungsrecht des Europäischen Parlaments nach Artikel 192 Absatz 2 EG-Vertrag	58
(b) Die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Bereich des Haushaltsverfahrens nach Artikel 268 ff., 272 EG-Vertrag	58
(c) Die Investiturfunktion des Europäischen Parlaments nach Artikel 197 und 214 Absatz 3 EG-Vertrag	58
(d) Die Kontrollfunktion des Europäischen Parlaments nach Artikel 189 ff. EG-Vertrag	60
(e) Das Wahlrecht der Abgeordneten des Europäischen Parlaments nach Artikel 190 EG-Vertrag	62
2. Ergebnis zur systematischen Auslegung des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	64
III. Teleologische Auslegung	64
1. Der Sinn und Zweck des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	64
a) Die Entwicklung des neuzeitlichen Demokratieverständnisses sowie dessen Grundgedanken	66
b) Die konstanten Merkmale des Demokratieverständnisses in den Epochen	71
2. Ergebnis zur teleologischen Auslegung des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	72
IV. Die historische Auslegung des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	73
1. Die historische Auslegung	73

a) Die Entstehungsgeschichte des unionalen Demokratiegrundsatzes vor der Einführung des Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union.....	73
aa) Der Demokratiegrundsatz des Artikel F Vertrag über die Europäische Union	73
bb) Der Demokratiegrundsatz nach Einführung des Artikel 6 Absatz 1 EUV durch den Vertrag von Amsterdam.....	76
b) Zwischenergebnis zur Historischen Auslegung von Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union.....	76
2. Die genetische Auslegung	77
a) Gemeinsame institutionelle Erklärung von 1977.....	78
b) Die Erklärung des Europäischen Parlaments vom 12. April 1989	79
c) White Paper zum Vertrag von Amsterdam.....	79
d) Zwischenergebnis zur genetischen Auslegung.....	81
V. Gesamtergebnis der Auslegung zu Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union.....	81

Zweites Kapitel

Der Grundsatz der Demokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	83
A. Anwendbarkeit der Methode des Rechtsvergleichs zur Bestimmung des Demokratiegrundsatzes auf der Ebene der Europäischen Union.....	83
B. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Demokratiegrundsatzes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	85
I. Die Staatsformen und Bekenntnisse zum Demokratiegrundsatz der Mitgliedstaaten	85
1. Die Staatsformen.....	85
2. Das Bekenntnis zum Demokratiegrundsatz.....	87
II. Die Rolle des Volkes in den Mitgliedstaaten	88
1. Die Rolle des Volkes bei der Ausübung der Staatsgewalt	88
2. Die Formen unmittelbarer Einflussnahme des Volkes auf die Staatsgewalt....	89
3. Die Formen mittelbarer Einflussnahme des Volkes auf die Staatsgewalt.....	90
4. Das Verhältnis zwischen Volk und Staatsgewalt durch die Gewährung allgemeiner Grundrechte und –freiheiten	91
III. Die gesetzgebende Gewalt und das Gesetzesinitiativrecht in den Mitgliedstaaten.....	91
1. Die gesetzgebende Gewalt im Staat	91
2. Das Gesetzesinitiativrecht	92

IV. Die Rolle der Parlamente in den Mitgliedstaaten	93
1. Der Aufbau der Parlamente in den Mitgliedstaaten	93
2. Die Wahl der Mitglieder der mitgliedstaatlichen Parlamente	94
3. Die Legislaturperioden der mitgliedstaatlichen Parlamente	96
4. Befugnisse der mitgliedstaatlichen Parlamente	96
a) Das Haushaltsrecht	96
b) Die Informations- und Kontrollrechte	97
c) Das Misstrauensvotum mitgliedstaatlicher Parlamente	98
V. Auswertung der Untersuchung der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung des Demokratiegrundsatzes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ...	99
C. Ergänzung des Inhalts des mitgliedstaatlichen Demokratiegrundsatzes durch Erklärungen und Verlautbarungen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der Organe der Europäischen Gemeinschaften	101
I. Der Artikel 3, 1. Zusatzprotokoll Europäische Menschenrechtskonvention	101
II. Die Charta von Paris für ein neues Europa - Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Abschluss des KSZE-Gipfeltreffens in Paris vom 21. November 1990	102
III. Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge	102
IV. Verlautbarung der Organe der Europäischen Union zum Demokratiegrundsatz in den Mitgliedstaaten	102
1. Verlautbarungen des Europäischen Rates	102
a) Erklärung des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 08. April 1978 ..	102
b) Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 21. und 22. Juni 1993	105
2. Verlautbarungen der Europäischen Kommission	105
a) Stellungnahme der Europäischen Kommission zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 21. und 22. Juni 1993	105
b) Mitteilung der Europäischen Kommission hinsichtlich der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Altkommunistischen Staaten (AKP-Staaten)	106
V. Auswertung der Untersuchung der Erklärungen und Verlautbarungen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der Organe der Europäischen Gemeinschaften	107
D. Gesamtergebnis zum Grundsatz der Demokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	107

Drittes Kapitel

Erfüllung des Demokratiegrundsatzes aus Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	109
A. Das Demokratieniveau der Europäischen Union	109
I. Einheitliches Demokratieniveau zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaat?	109
II. Das (europäische) Demokratieniveau unter Einbeziehung des Effektivitätsprinzips und des Optimierungsgedankens	111
1. Die Einbeziehung des Effektivitätsprinzips	111
2. Die Einbeziehung des Optimierungsgedankens	112
III. Ergebnis	113
B. Feststellungen des Europäischen Rates zur Erfüllung des Demokratiegrundsatzes	114
C. Besteht ein Reformbedarf in der Europäischen Union bei der Wahrung des Demokratiegrundsatzes aus Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	116
I. Die Wahrung des Prinzips der Volkssouveränität	116
1. Das Fehlen eines hinreichenden europäischen Legitimationssubjektes	116
a) Die Unionsbürgerschaft als Legitimationssubjekt der Europäischen Union	119
b) Die Gesamtheit der Staatsvölker der Mitgliedstaaten als Legitimationssubjekt der Europäischen Union	120
c) Der einzelne Unionsbürger als Legitimationssubjekt der Europäischen Union	123
2. Einflussmöglichkeiten der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auf die Hoheitsgewalt der Europäischen Union	126
3. Ergebnis	126
II. Die Wahrung des Prinzips der parlamentarischen Demokratie	127
1. Fehlen einer europäischen öffentlichen Meinung	127
2. Ergebnis	130
3. Fehlen europäischer Parteien	131
4. Ergebnis	133
III. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments nach dem Gemeinschaftsrecht	135
1. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen der gemeinschaftsrechtlichen Gesetzgebung	134

a) Das duale Legitimationsmodell als Grundlage der gemeinschaftsrechtlichen Gesetzgebung	134
b) Die Beteiligung des Europäischen Parlaments im Bereich des gemeinschaftsrechtlichen Primärrechts	135
c) Die Beteiligung des Europäischen Parlaments im Bereich des gemeinschaftsrechtlichen Sekundärrechts	138
aa) Das Anhörungsverfahren.....	138
bb) Das Verfahren der Mitentscheidung gemäß Artikel 251 EG-Vertrag....	138
cc) Das Verfahren der Zusammenarbeit gemäß Artikel 252 EG-Vertrag....	141
dd) Das Zustimmungsverfahren	141
d) Die Gesetzesinitiativbefugnis des Europäischen Parlaments	142
2. Die sonstigen Befugnisse des Europäischen Parlaments.....	143
a) Die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen des Haushaltsverfahren.....	143
b) Die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen der Investitur ...	144
c) Die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments	146
3. Ergebnis	147
IV. Die Wahrung der Wahlrechtsgrundsätze.....	149
1. Die Rechtsgrundlage der Europawahlen	149
2. Die unterschiedlichen Wahlsysteme in der Europäischen Union.....	150
3. Die Mandatsverteilung im Europäischen Parlament	152
4. Ergebnis	158
V. Die Gewährung von Grundrechten und Grundfreiheiten als Ausdruck des Demokratiegrundsatzes aus Artikel 6 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union	159
VI. Ergebnis zum bestehenden Reformbedarf	160
D. Darf der vorhandene Reformbedarf durch einen Ausbau der Befugnisse des Europäischen Parlaments behoben werden?	164
I. Nationalstaatlich orientierte Auffassung	164
II. Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes	165
III. Supranational orientierte Auffassung	165
IV. Stellungnahme	166
E. Ergebnis	167

Viertes Kapitel	
Behebung des Reformbedarfs durch den Vertrag von Lissabon	169
A. Der Vertrag von Lissabon als Lösungsmöglichkeit des Reformbedarfs.....	169
I. Der Vertrag von Lissabon.....	169
II. Der Vertrag von Lissabon als Schlüssel des Reformbedarfs	171
1. Die neue Struktur der Verträge nach dem Vertrag von Lissabon.....	171
2. Behebung des Reformbedürfnisses im Bereich des Demokratiemerkmals Volksouveränität	172
3. Behebung des Reformbedürfnisses im Bereich des Demokratiemerkmals Parlament	173
4. Behebung des Reformbedürfnisses im Bereich der Befugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen der gemeinschaftsrechtlichen Gesetzgebung.....	175
a) Änderungen im Bereich des gemeinschaftsrechtlichen Primärrechts.....	175
b) Änderungen im Bereich des gemeinschaftsrechtlichen Sekundärrechts	176
c) Einführung eines Gesetzesinitiativrechts	179
d) Sonstige Befugnisse	181
aa) Neuerungen bei der dem Europäischen Parlament zukommenden Investiturfunktionen	181
bb) Neuerungen bei den dem Europäischen Parlament zukommenden Kontroll- und Sanktionsrechten.....	183
5. Behebung des Reformbedürfnisses im Bereich des Demokratiemerkmals Wahlrechtsgrundsätze	183
B. Ergebnis zur Behebung der Reformbedürfnisse durch den Vertrag von Lissabon Verfassung für Europa	183
C. Schlussfolgerung für das weitere Voranschreiten der Demokratisierung der Europäischen Union und die Rolle des Europäischen Parlaments	184
Fünftes Kapitel	185
Zusammenfassung	187
Literaturverzeichnis	191